

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal inkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 53, Rollbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeile 30 Pf.,
Stellengeld 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf.; Veran-
nungsanzeigen 10 Pf.; Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 39.

Berlin, den 25. September 1909.

25. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der Sitz des Gauvorstandes im Gau XII (nicht Gau VII wie in voriger Nummer infolge eines Druckfehlers gesagt war) wird mit dem 1. Oktober l. J. von Dresden nach Chemnitz verlegt. Die Adresse des Gauvorstandes ist dann: Emil Pfütze, Chemnitz, Zwickauer Straße, Gewerkschaftshaus.

2. Zur Erledigung der immer umfangreicher werdenden Arbeiten und unter Berücksichtigung der vorliegenden besonders schwierigen Verhältnisse hat der Verbandsvorstand und Ausschuß, diesbezüglichen Anträgen entsprechend, die

Anstellung eines Verbandsbeamten in Hannover beschlossen und bringen wir diese Stellung hiermit zur Ausschreibung.

Die Tätigkeit des neuen Beamten wird sich insbesondere auf die Erledigung der Verwaltungsarbeiten und auf die Betreuung bezw. Leitung der Agitation in der Zahlstelle Hannover und im Gau VIII zu erstrecken haben.

Zulässig als Bewerber sind alle Verbandsmitglieder, die dem Verbandsmitglied fünf Jahre angehören, der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, in allen Verwaltungsarbeiten bewandert sind und durch rednerische, agitatorische sowie organisatorische Befähigung für die Stellung geeignet erscheinen.

Das Gehalt beträgt im ersten Jahre 1800 Mark und steigt in den nächsten drei Jahren um je 100 Mk., von da ab jährlich um 50 Mk. bis zum Höchstbetrag von 2400 Mk. pro Jahr. Im weiteren gelten die vom Verbandstag in Dresden festgesetzten Anstellungsbedingungen, die im Protokoll über den Dresdener Verbandstag auf Seite 193 und 194 veröffentlicht sind. Solchen Bewerbern, die sich zurzeit in ähnlicher Stellung befinden und bereits ein höheres Gehalt beziehen, kann entsprechend höheres Anfangsgehalt gezahlt werden.

Diejenigen Kollegen, die sich um die Stellung bewerben wollen, werden ersucht, eine kurze Denkschrift über: „Die Aufgaben eines Verbandsbeamten“ und kurz gehaltene Angaben über ihren bisherigen Lebenslauf bis spätestens 18. Oktober an der unterzeichneten Vorstand einzusenden. Diejenigen Bewerber, die sich auf früher erfolgte Ausschreibungen hin bereits um eine Stellung als Verbandsbeamter bemüht und ihre Arbeiten nicht zurückverlangt haben, brauchen Denkschrift und Lebenslauf nicht erneut einzusenden, sondern wollen, wenn sie auch auf die jetzt ausgeschriebene Stellung reflektieren, dieses nur durch eine kurze Mitteilung zu erkennen geben.

Die Befetzung der Stelle ist zum 1. Dezember dieses Jahres in Aussicht genommen, kann aber auch zu einem anderen Termin erfolgen, wenn besondere Gründe dieses angezeigt erscheinen lassen.

Wir hoffen, daß sich recht viele unserer bestmöglichen Mitglieder um die ausgeschriebene Stelle bewerben, damit die Gewähr geboten wird, daß alle an die Anstellung geknüpften Erwartungen erfüllt werden können.

3. Da es wiederholt vorgekommen ist, daß reisende Mitglieder auch für diejenige Zeit

Arbeitslosenunterstützung verlangten und erhielten, während der sie ihre Reise unterbrochen und gearbeitet hatten, was sie aber den Unterstützungsauszahlern gegenüber verschwiegen, machen wir erneut darauf aufmerksam, daß das abfolut unzulässig und betrügerisch ist. Um dem vorzubeugen, werden die Unterstützungsauszahlungler ersucht, sich in allen, mindestens aber in verdächtigen Fällen außer der Reiselegitimation noch die (staatliche) Inbaldenkarte von den reisenden Mitgliedern vorzeigen zu lassen und auf keinen Fall Unterstützung für mehr als sieben Tagen auszusahlen.

4. Mitglieder, welche in diesen Tagen vom Militärdienst entlassen werden, wollen man darauf aufmerksam machen, daß sie in ihre alten Rechte wieder eintreten können, wenn sie sich vor ihrem Eintritt zum Militär durch Einfindung des Verbandsbuches abgemeldet haben und sich nach der Entlassung sofort wieder beim Unterzeichneten anmelden.

Die betreffenden Mitglieder sind zu veranlassen, bei der Anmeldung sofort die Erklärung abzugeben, in welcher Beitragsklasse sie steuern wollen.

5. Diejenigen Mitglieder, welche im Herbst dieses Jahres zum Militärdienst einberufen werden, sind verpflichtet, sich nicht nur bei der Stelle abzumelden, wohin sie ihre Beiträge abgeführt haben, sondern sie müssen ihr Mitgliedsbuch an den Verbandsvorstand zur Abmeldung und Aufbewahrung einsenden. Nur wenn das geschieht, bleiben den Mitgliedern ihre erworbenen Rechte erhalten.

6. Die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt sind den Gau- und Zahlstellenbevollmächtigten in der abgelaufenen Woche als Drucksache zugefandt. Wir ersuchen die Bevollmächtigten, das zu beachten und eine Karte von uns zu verlangen, wenn die Sendung etwa irgendwo nicht eingetroffen ist. Die Karten sind in den ersten Tagen des Monats Oktober unter Beachtung der im „Handbuch“ auf Seite 216 bis 228 gegebenen Anweisungen auszufüllen und spätestens am 4. Oktober an uns anzufertigen.

Wir bitten die Bevollmächtigten, darauf achten zu wollen, daß die Berichtskarten rechtzeitig und ordnungsgemäß ausgefüllt an uns zurückgelangen.
Der Verbandsvorstand.

Die Leipziger Tagung.

Auf historischem Boden tagte in diesem Jahr der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Denn in Leipzig entstanden anfangs der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts die ersten Organisationen der Klassenbewußten Arbeiter, aus denen bald bedeutende Heerführer im Streit und Kampfgewühl hervorgingen. Der „Gewerbliche Bildungsverein“, aus dem sich 1863 der „Arbeiterbildungsverein“ als erste selbständige politische Arbeiterorganisation herausbildete, entstand zu dieser Zeit. Frische und Bahlreich, Bebel und Liebknecht gingen aus diesem Verein hervor und neben ihnen so mancher Schlächter, Stiller, der dennoch von sich sagen kann: nennt man die besten Namen, wird auch der meine genannt! Aber Leipzig ist nicht nur die Geburtsstätte der deutschen politischen Arbeiterbewegung. Als ihre echte Zwillingsschwester erblickte auch die gewerkschaftliche

Arbeiterbewegung dort das Licht der Welt. Eine Steinhauergewerkschaft entstand dort im Jahre 1862. Von Leipzig ging auch jener heiltönende Hornruf aus, der die deutsche Arbeiterklasse auf die Schanzen rief: Lassalles „Offenes Antwortschreiben“ war an die Leipziger Arbeiter gerichtet. Die alten Banner, die die Kämpfer von damals einer Welt von Feinden gegenüber kampfesfreudig und zukunftsfröh aufpflanzten, sie grühten sieggetrönt und ehrenbedeckt hinab in den Saal, in dem die Abgesandten eines großen Arbeiterheeres zusammentraten, sich neue Waffen zu schmieden.

Schon am ersten Tag ging es rüstig an die Arbeit. Die Jugendorganisation und ihr Ausbau stand zur Debatte. Es galt zu ergünnen, wie man am besten die jungen Rekruten der proletarischen Armee in dem Gebrauch ihrer Waffen unterrichtete, und wie man sie zu diesem Waffendienst gewinnt. Von bindenden Beschlüssen sah der Parteitag in dieser Angelegenheit ab. Mit Recht. Denn noch sind die praktischen Erfahrungen auf diesem Gebiet nicht nur gering, sondern es läßt sich auch kaum eine andere Sache weniger leicht in feste Formen pressen, als gerade diese. Keine Organisation ist so von lokalen Einflüssen abhängig, als die der Jugend. Sie soll die Jugend zu einer Zeit aufnehmen, in der diese froh ist, dem Schulzwang entrückt, und nun wähnt, aller Fesseln ledig zu sein. In diesen Tagen ihrer Entwicklung wird sich die Jugend schwerlich einer festen, straffen Organisation einfügen lassen. Das ist ein Grund, weshalb uns auch die Gründung gewerkschaftlicher Jugendsektionen als ein problematischer Versuch erscheint. Man mißverstehe uns nicht! Wir sprechen selbstverständlich nicht gegen die gewerkschaftliche Aufklärungs- und Agitationsarbeit unter unserem gewerkschaftlichen Nachwuchs. Sie darf keinen Augenblick vergessen werden, und je eher der jugendliche Kollege zu uns kommt, desto lieber soll er uns sein. Aber wir wenden uns gegen besondere Jugendsektionen, die, angegliedert an die Gewerkschaften, der heutigen Jugendorganisation Konkurrenz bieten sollen, wie solches in dem Organ einer Nachbarorganisation in so ungeschöner Weise verlangt wurde. Damit würde man nur Fiasko erzielen. Die Jugend soll und will mit vollen Zügen am Quell des Lebens trinken und sich nicht mit dem schwachen Strahl begnügen, den ihr ein einzelnes Rohr entgegenleitet. Deshalb soll auch unsere Arbeiterjugend die Anfangsgründe des gewerkschaftlichen Gedankens und des zielbaren Klassenbewußtseins in einer Organisation empfangen, die ihr lehrt, über die engen Hofmauern des Berufsinteresses hinwegzusehen, und so volle Klarheit über das Wesen der gesellschaftlichen Zusammenhänge verbreitet. Ein Nachwuchs, der aus solcher Schule hervorgeht, wird auch die treueste und opferfreueste Kerntruppe der Berufsorganisation werden.

Raum hatte der Parteitag der Einigerziehung der proletarischen Rekruten gedacht, da rief er auch schon Junge und Alte zum frisch-fröhlichen Kampf gegen die Junker und die ihnen dienstbare Regierung. Der Schnapsbottel soll des Volkes Wehr gegen den jüngsten Steuerraub werden! Mäße dieser Beschluß im Volke eben noch begehrtesten Widerspruch finden, wie er auf dem Parteitag, mit brausendem Beifall und stürmischem Handklatschen begrüßt, einstimmige Annahme fand. Nicht nur jeder Parteigenosse, auch ein jeder Gewerkschaftler sollte dieser Parole unverbrüchliche Treue geloben. Uns zu Ruh, den Gegnern zum Trub! Den Landarbeitern hat das Junkertum das Koalitionsrecht vorenthalten, weil es die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse fürchtet. Nun ist es uns gegeben, die Junkerherrschaft mit wirtschaftlichen Waffen zu bekennen; nützen wir diese Waffe nach Kräften! Aus Bier und Schnaps will die Regierung nun für den Kulturfeind Militarismus 490 Millionen Steuern pressen; der Ertrag der jüngsten Reichsfinanzreform steht so

erneut zur Debatte, denn auf diese Genussmittel kann das Volk verzichten, und damit diese Pfaffensteuer einer volksfeindlichen Regierung verweigern! Wenn nicht wenigstens der Schnapsbottich energisch durchgeführt wird, wenn er ein feiger Willensschwäche scheitert, dann wäre das deutsche Volk es wert, wenn es der Junker weiterhin hütelte und plündert! Fort mit dem Fusel! Das muß das Feldgeschrei von Millionen werden. Jeder Gewerkschaftler sollte in diesem Kampf voran gehen, er fördert dadurch seine eigene Sache und die seiner Berufsgenossen!

Der Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm auch diesmal viel Zeit in Anspruch und führte zu heftigen Debatten, die allerdings — abgesehen von einigen Ausgesperrten — den Boden der Sachlichkeit nicht verließen. Ueber das Verhalten der Fraktion bei einer eventuellen dritten Lesung der Erbschaftsteuer gingen die Meinungen besonders weit auseinander. Waren es nun wirklich „ungelegte Eier“, die dabei ausgebrütet wurden, war es „wirklich traurig, daß man über einen solchen Dreck reden“ mußte, wie der Genosse Fischer meinte? Nein! Es handelte sich um grundsätzliche Fragen, um Gegenätze in den eigenen Reihen, die der Parteitag klären mußte, wenn sie nicht als ein Fremdkörper wirken und die Partei bei späteren Aktionen behindern sollten. Gewiß, die Erbschaftsteuer wird nur von den Besitzenden getragen, und da das arbeitende Volk in Deutschland unter einer erdrückenden Last von indirekten Steuern seufzt, so wäre es wünschenswert, daß man so viel wie möglich von diesen oder jeder neuen Steuerlast den Besitzenden zu tragen auferlegt. Die sozialdemokratische Fraktion ist ständig bemüht gewesen, solches herbeizuführen. Sie verdient dafür kein besonderes Lob, denn sie erfüllte damit nur eine Pflicht, die alle Volksparteien erfüllen sollten. Aber diese Pflicht verpflichtet sie unjensez Erachtens nicht, nun unbefehle jeder Steuer, die die Besitzenden treffen soll, zuzustimmen. Wollte man ihr eine solche Verpflichtung mit auf den Weg geben, dann könnte die Regierung jede Steuerfracht leicht in ihre Schenken einfahren, da es ihr dann leichtgemacht wäre, mit dem System der wechselnden Mehrheiten zu regieren. Sie brauchte in jedem neuen Steuerbündel nur ein Besitztückerchen einzuflechten, dann müßten die Sozialdemokraten ihr dies bewilligen, und die reaktionären bürgerlichen Parteien würden schon den übrigen volksfeindlichen Steuern zur Annahme verhilfen. Wie würde aber in solchen Fällen die Empörung des Volkes so hoch lodern, wie gegenwärtig, denn der gutmütige deutsche Michel würde sich über seine neuen Lasten zu trösten wissen, wenn auch die „armen“ Weiden ein geringes bezahlen müssen. Müßten die Vertreter des arbeitenden Volkes in den Parlamenten für jede direkte Steuer stimmen, dann müßten es ja auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Landtag, da der größte Teil der Ausgaben dieses Staates aus direkten Steuern gedeckt wird. Damit würde keine gute Arbeiterpolitik getrieben. Von Fall zu Fall kann nur entschieden werden, ob Arbeitervertreter solchen Steuern zustimmen können und der Verwendungszweck der Steuer muß derartigen Entscheidungen zugrunde gelegt werden. Deshalb war es auch taktisch richtig, daß auch in dieser Frage der Parteitag von bestimmten Entschlüssen abjag. Etwas anderes war es bei der Behandlung jener Zwistigkeiten, die sich aus den differenzierenden Anschauungen über die Erbschaftsteuer in der Fraktion entpinnen hatten. Hier hätte unjensez Erachtens der Parteitag klipp und klar erkennen müssen, daß es Pflicht der Abgeordneten sei, ihre Wähler über alle Vorgänge und Strömungen innerhalb der Fraktion zu unterrichten, soweit eben aus politischen Gründen dies zugänglich erscheint. Diplomatische Geheimnisräumerei ist einer Volkspartei wenig entsprechend. Erstreulich war die Behandlung des Gabelfrühstücks der sieben Schwaben, die allerdings auch nur dadurch ermöglicht wurde, daß die Beteiligten ehrlich eingestanden, einen Fehler begangen zu haben.

Lebhaftes Interesse fanden dann die Beratungen über den Entwurf zu einem neuen Organisationsstatut der Partei. Der Entwurf wurde schließlich en bloc angenommen und nunmehr alle Parteivereine zu einer einheitlichen Zentralorganisation vereinigt, die durch einheitliche Beiträge ihre materielle Grundlage findet. Für die Gewerkschaften war allerdings die Regelung der Maifeierunterstützungen von größerer Bedeutung. Zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission waren darüber folgende Vereinbarungen getroffen worden, die nunmehr auch die Sanktion des Parteitages fanden:

Zur Unterstützung der Ausgesperrten sollen für größere zusammenhängende Wirtschaftsgelände Bezirksfonds gebildet werden. Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt unter Zustimmung der in Frage kommenden Orte. Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von den Parteiorganisationen und Gewerkschaften in

dem Bezirk, in dem die Unterstützung erfolgt, durch freiwillige Beiträge und Sammlungen aufzubringen. Orte, deren Angliederung an einen Bezirksfonds unzulässig ist, haben in gleicher Weise am Ort einen Fonds zu bilden, aus dem die am Orte Ausgesperrten zu unterstützen sind. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte oder im Bezirk nicht oder reichen die Mittel eines solchen Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu beden. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Unterstützung aufzubringen hat, wird nach der Zahl der diesen Organisationen angehörenden Ausgesperrten berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralfonds der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

Man wird abwarten müssen, wie sich diese Vereinbarung in der Praxis behauptet, ehe man ein endgültiges Urteil über sie abgeben kann. Sicher dürfte die Ansammlung eines Bezirksfonds den Maifeierausgesperrten sicherere Unterstützungsgarantien bieten, als die Lokalfonds, welche die vorjährige Vereinbarung vorsah und die wegen ihrer Unzulänglichkeit von dem Münchberger Parteitag verworfen wurde. Die Entscheidung über Beibehaltung oder Verwerfung der Maifeier obliegt dem internationalen Kongress, und wir halten deshalb die Diskussion darüber zurzeit für nebensächlich.

Die Reichsversicherungsordnung wurde jodann in drei vorzüglichen Referaten auf dem Parteitag behandelt und nach kurzer Debatte stimmten die Delegierten den Leitätzen der Referenten einmütig zu. Ebenso einem Zusatzantrag des Genossen Sasse, der die Einbeziehung der landesgesetzlichen Knappschafts-Pensionskassen und der freiwillig errichteten Werks- und Fabriks-, Alters- und Pensionskassen fordert. Scharfe, aber berechtigte Kritik wurde an der Unzulänglichkeit der heutigen Arbeiterversicherung und den reaktionären Vorschlägen des Regierungsentwurfs zu einer einheitlichen Reichsversicherungsordnung geübt. Mit Recht hob die Genossin Ziek hervor: „Die Versicherungs-gesetzgebung soll dem hirn- und knochenmürbenden Kapitalismus einen Damm entgegensetzen, indem sie vorbeugend gegen Krankheiten und Inzidentalität wirke, wenn diese aber doch eingetreten, den Betroffenen und ihren Familien hinreichende Fürsorge, mindestens ein Existenzminimum gewähren.“

Davon sind jedoch unsere Versicherungs-gesetze noch himmelweit entfernt. Auf alle ihre Mängel hier eingugehen würde den Rahmen unjensez Artikels weit übersteigen, aber wir möchten unseren Kollegen dringend anraten, in dem demnächst erscheinenden Parteitagprotokoll diese Referate und diese Debatte aufmerksam zu lesen. Eines sei jedoch noch hier vermerkt: Der erste Hinweis des Genossen Schmidt auf die Bedeutung der Auswahl der Schiedsgerichts-beisitzer, dem leider auch in unseren Kreisen nicht immer die genügende Sorgfalt gewidmet wird! Gewiß ist die Auswahl durch ihre heutige gesetzliche Regelung sehr erschwert, aber immerhin könnte doch größere Voracht geübt werden. Möge darum die Anregung des Genossen Schmidt überall die gebührende Beachtung finden.

Zum guten Anfang und guten Fortgang kam auch ein gutes Ende. Hatte der Parteitag an seinem ersten Sitzungstag der Organisation der Jugend gedacht, so gedachte er am letzten Tage auch noch jener armen jungen Wesen, die der Kapitalismus um das Paradies der Kindheit betrügt, indem er zur Gründung von Kinderhilfskommissionen auf-forderte, die die Proletariatskinder vor ungesetzlicher Ausbeutung, Verwahrlosung und Mißhandlung schützen sollen. Partei und Gewerkschaften sollen auch in dieser Sache Hand in Hand arbeiten. Und so soll es geschehen. Im Kampf gegen Elend und Not haben Partei und Gewerkschaft stets einmütig gekämpft.

Auch auf die hohe Bedeutung des Genossen-schaftswesens hat der Parteitag erneut hingewiesen und dem Parteivorstand empfohlen, im nächsten Jahre die genossenschaftlichen Probleme auf dem Parteitag zu behandeln. Zweckmäßig mag letzteres immerhin sein, ob aber notwendig, das mag dahingestellt bleiben. Nebenfalls sollte die aufgeklärte Arbeiter-schaft über die Bedeutung der Konsum-genossenschaften nicht mehr im Zweifel sein, und der denkende Gewerkschaftler hat ja aus dem Verlauf des schwedischen Massentreibs ersehen, daß man damit rechnen muß, daß die Läger der Konsumvereine einst die Fouragemagazine des ganzen großen Arbeiterheeres sein müssen, wenn in einem Entscheidungskampfe die Hungernden mit den Satten wetzen.

So hat der Parteitag nicht nur einen erfreulichen Verlauf genommen und die geheimen Wünsche der Geuner der Arbeiterklasse aufgefunden gemacht, sondern er hat auch der letzteren wertvolle Anregungen gegeben, ihre Einheit bekräftigt und ihre Waffen geschärft. Der Leipziger Parteitag erwies sich der glorreichen Vergangenheit der Leipziger Arbeiterbewegung würdig!

Zollpolitik und Arbeitslöhne.

Der neue amerikanische Zolltarif, der auch die Handelsbeziehungen der deutschen Papierverarbeitungsindustrie sehr erschwert, hat natürlich nicht den Beifall des „Bundes der Industriellen“ gefunden. In einer Zuschrift an das „A. L.“ beraten aber nun die Herren recht deutlich, was sie beginnen wollen, um die erhöhten Ausfuhrkosten wieder abzuwälzen. Die Herren schrieben dem genannten Blatt:

„Zum neuen amerikanischen Zolltarif erklärt der Bund der Industriellen, daß die einzige Möglichkeit, dem zum größten Teil erhöhten Zolltarif der Vereinigten Staaten, der namentlich die deutsche Kleinfabrik- und Textilindustrie schwer treffe, wirksam zu begegnen, darin zu erblicken sei, daß die Herstellungskosten auf Grund der bei uns bislang noch billigeren Lebenshaltung wesentlich geringer bleiben müßten. Es erweise sich die Entschließung aller beteiligten Kreise in Deutschland, die Erzeugungskosten weder direkt noch indirekt zu erhöhen, als die beste Abwehr der amerikanischen Einfuhrerschwerungen. Diese Entschließung müsse nicht nur bei der deutschen Regierung und beim Reichstag, sondern auch bei den deutschen Arbeitern Platz greifen.“

Mit anderen Worten: die Arbeiter sollen sich eine Erniedrigung der Löhne gefallen lassen. So wenig das gegen einzutenden ist, daß den Vertretern des Bundes der Industriellen eine Verbilligung der Erzeugungskosten durch technische Verbesserungen im Betriebe verdacht werden kann, so unerhört wäre es, wenn sie versuchen wollten, die höheren amerikanischen Einfuhrzölle durch Lohnrückereien wieder einbringen zu wollen. Selbst das „A. L.“ bemerkt dazu: „Der Bund der Industriellen scheint gar keine Ahnung davon zu haben, weshalb Amerika besonders die Zölle auf eine Reihe von Textilwaren erhöht hat. Es sind die Hungerlöhne, wie sie besonders in einzelnen sächsischen Industrien gezahlt werden, die in den Vereinigten Staaten, wo man den Arbeiter ganz anders zu entlohnen pflegt, sehr viel böses Blut gemacht haben und die dazu beitragen, daß die gesetzgebenden amerikanischen Körperschaften diesen Erhöhungen zustimmen. Man spricht schon jetzt jenseits des Atlantischen Ozeans unumwunden von der sächsischen Schmutzkonkurrenz. Wenn also die Arbeiterlöhne noch weiter herabgesetzt werden sollten, so hätte das nur die Wirkung, daß Amerika die Textilzölle von neuem heraufsetze. Diese Verhältnisse sollte der „Bund der Industriellen“ eigentlich kennen, und es ist deshalb nicht recht verständlich, wie er auch nur in verblümmter Form einer weiteren Lohnrückerei gerade in solchen Betrieben das Wort reden kann, die schon heute auf der untersten Stufe der Lohnskala des deutschen Arbeiters stehen.“ In einer zweiten Zuschrift an das genannte Blatt erklären die Herren allerdings, daß sie eine Reduzierung der Arbeiterlöhne nicht erstreben, sondern nur die Arbeiter ersuchen, von weiteren Lohnforderungen Abstand zu nehmen. Aber das käme bei der nun wieder aufs neue gesteigerten Lebenshaltung der deutschen Arbeiter auf dasselbe hinaus. Immerhin zeigt das Vorgehen der Industriellen, wohin der Kurs geht, und sollten unjensez Kollegen und Kolleginnen rechtzeitig den Anschluß an ihre Organisation suchen, damit es den Arbeitgebern in unserem Gewerbe nicht gelingt, ihre arbeitserfeindlichen Pläne zu verwirklichen.

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist die Geschichte von Klassenkämpfen.

Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Junkerbürger und Gesell, kurz Unterdrückter und Unterdrückter standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Massen.

Unjensez Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat. (Marx.)

Die Erzeugnisse unseres Gewerbes im auswärtigen Handel Deutschlands.

Die wirtschaftlich ungünstige Geschäftslage in unserem Gewerbe spiegelt sich auch in den statistischen Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands wider. Die Waren sind, wie sie in den Handel kommen, nicht immer ausschließlich Erzeugnisse unseres Gewerbes, sondern auch die übrigen graphischen Berufe: die Buchdrucker, Steinbrücker usw., sind an ihrer Erzeugung beteiligt. Bei einer Reihe von Erzeugnissen scheiden aber auch diese Berufe aus, so daß das Bild, was sich uns da über den Auslandshandel mit diesen Erzeugnissen entrollt, für uns um so klarer ist.

Wie sich nun der auswärtige Handel mit den Waren, an deren Erzeugung unser Gewerbe beteiligt ist, im ersten Halbjahr 1909 gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres gestaltete, zeigt uns die Zusammenstellung am Schluß.

Die Einfuhr ist nach dieser Tabelle von 42 116 Doppelzentner (1 Doppelzentner = 100 Kilogramm) im ersten Halbjahr des Vorjahres auf 40 156 Doppelzentner im gleichen Zeitraum des laufenden Jahres, also um 1960 Doppelzentner oder 4,65 Proz. zurückgegangen, und während die im Vorjahre eingeführten Warenmengen einen Wert von 14 087 000 Mk. repräsentierten, hat die diesjährige Einfuhr von Erzeugnissen unseres Gewerbes nur einen Wert von 13 405 000 Mk. gehabt, das sind 682 000 Mk. oder 4,84 Proz. weniger. Die Tatsache, daß die Einfuhr in Mengen um 4,65 Proz., in Werten aber um 4,84 Proz. zurückgegangen ist, beweist, daß die billigeren Erzeugnisse den besseren vorgezogen wurden und die Kaufkraft des deutschen Volkes in diesem Jahre noch weiter nachgelassen hat.

Die ausgeführte Warenmenge belief sich in diesem Jahre auf 227 050 Doppelzentner gegen 234 843 Doppelzentner im Vorjahre. Es ist also eine weitere Verminderung der Ausfuhr um 7793 Doppelzentner oder 3,32 Proz. zu verzeichnen. Der Wert der ausgeführten Waren ist aber nicht im gleichen Maße gesunken, sondern nur um 734 000 Mk. oder 1,24 Proz., nämlich von 59 231 000 Mk. auf 58 497 000 Mk. Die besseren Artikel haben also auf den Auslandsmärkten mehr Anklang gefunden, und somit den Ausfall, den die geringere Ware brachte, teilweise wieder ausgeglichen.

Wie die Zusammenstellung weiter erkennen läßt, sind von dem in diesem Jahre noch weiter verminderten Warenabsatz nach dem Auslande alle unsere Berufszweige betroffen worden, nur die Papierwarenfabrikation nimmt trotz der Krise ihren Aufschwung. Den erhöhten Absatz, den die Papierwarenbranche mit einem Teil ihrer Erzeugnisse, wie Postkarten mit Bilddruck, Besuchskarten, Bilderpapier sowie anderes

zu Rechnungen usw. vorgerichtetes Papier, aus-gestanzter Papiere und Rappen — an deren Herstellung unser Gewerbe auch nur zu einem Teil engagiert ist — hat die überaus stark verminderte Ausfuhr der übrigen Erzeugnisse nicht nur wieder aufgehoben, sondern noch bei weitem überholt. So ist die Ausfuhr von Tüten, Beuteln, Falttschachteln, Papierausstattungen, von Waren aus Papier, Pappe, Steinpappe usw., Hartpapierwaren ohne sowie mit Gespinnten, Halbedelsteinen, Perlmutter, vergoldeten und versilberten und edlen Metallen — an deren Verfertigung auch die Karton- und Galanteriewaren-industrie beteiligt sind — um mehr als 10 Proz. zurückgegangen.

Bemerkenswert ist auch, daß die Ausfuhr von Geschäfts- und Notizbüchern in der Menge um 83 Doppelzentner abgenommen, aber im Werte um 77 000 Mk. gestiegen ist, so daß hier der Profitausfall, den der Rückgang der ausgeführten Warenmenge den Unternehmern brachte, mehr als aufgehoben sein dürfte, während die durch die verringerte Warenausfuhr verminderte Arbeits-gelegenheit, die die Arbeiter zu spüren bekommen, durch die Wertsteigerung der ausgeführten Waren kaum beeinflusst wird.

Am schwersten hatte jedoch die Albu-mbranche unter dem Rückgang des Exportes zu leiden. Ihr Absatzgebiet ist hauptsächlich Amerika und England. Von den 10 408 Doppelzentnern, die im ersten Halbjahr des Vorjahres ausgeführt wurden, entfielen allein 6243 Doppelzentner auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika und 1406 Doppelzentner kamen auf die vereinigten Königreiche Großbritannien. In diesem Jahre wurden nur 7390 Doppelzentner ausgeführt, also fast ein Drittel weniger als im Vorjahr. Ganz besonders enorm ist der Rückgang des Exports nach den maßgebendsten Exportländern für Albumfabrikate. So gingen in diesem Jahre nach Amerika nur 4565 Doppelzentner und nach Großbritannien nur 883 Doppelzentner.

Beachtenswert sind auch die Beteiligungsziffern der verschiedenen Länder am Gesamt-handel mit Erzeugnissen unseres Gewerbes, worüber uns folgende Zusammenstellung, die nur die hauptsächlichsten Herkunft- und Bestimmungsländer enthält, Aufschluß gibt. Die Beteiligungsziffern, besonders bei der Einfuhr, können auf Genauigkeit keinen Anspruch erheben, da bei dem Handel mit manchen Waren die Beteiligung einzelner Länder zu unbedeutend ist, so daß das kaiserlich statistische Amt Angaben darüber gar nicht erst gemacht hat. Dennoch dürften die vorliegenden Angaben eine annähernd richtige Beurteilung über den Umfang des Handels, der mit unseren Berufszeugnissen zwischen Deutsch-

land und den einzelnen Ländern stattfindet, ermöglichen.

Länder	Einfuhr in Doppelzentnern			Ausfuhr in Doppelzentnern		
	1909	1908	- od. + wie 1908	1909	1908	- od. + wie 1908
Belgien . . .	451	498	- 42	6118	6956	- 838
Dänemark . . .	555	519	+ 36	2355	2770	- 415
Frankreich . . .	4642	4385	+ 307	7407	8028	- 619
Großbritannien . . .	3748	3944	- 98	21220	25600	- 4380
Italien . . .	503	596	- 93	4335	4945	- 10
Niederlande . . .	2972	3452	- 480	18071	17479	+ 592
Norwegen . . .	—	—	—	545	461	+ 84
Oesterreich . . .	—	—	—	—	—	—
Ungarn . . .	18050	14005	- 955	47142	45181	+ 1061
Rumänien . . .	—	—	—	131	85	+ 46
Rußland i. Europa . . .	1020	1127	- 107	8041	8298	- 252
Schweden . . .	311	266	+ 85	4219	6025	- 807
Schweiz . . .	4187	4711	- 524	17965	16790	+ 1175
Spanien . . .	—	—	—	357	295	+ 62
Sibirien . . .	—	—	—	68	141	- 73
Südafrika . . .	162	189	+ 23	530	452	+ 78
Argentinien . . .	—	—	—	5121	6756	- 1635
Brazilien . . .	—	—	—	557	394	+ 163
Chile . . .	—	—	—	273	332	- 59
Ver. Staaten von Amerika . . .	1425	1485	- 60	37014	34707	+ 2307
Canada . . .	—	—	—	442	360	+ 82
Australisch-Bund . . .	—	—	—	126	155	- 29

land und den einzelnen Ländern stattfindet, ermöglicht. An der Spitze des Warenaus-tausches mit Deutschland steht Oesterreich-Ungarn, ihm folgen die Vereinigten Staaten von Nordamerika, alsdann Großbritannien, die Niederlande, die Schweiz und Frankreich. Die nach Deutschland eingeführten Warenmengen sind bei allen Ländern geringer als die ausgeführten. In diesem Jahre hat die Einfuhr infolge der geringen Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes aus fast allen Ländern nicht die vorjährige Warensumme erreicht; Ausnahmen machen nur Dänemark, Frankreich, Schweden und Japan. Die Gesamtausfuhr unserer Erzeugnisse hat nur nach 10 der oben aufgeführten 22 Bestimmungsländer eine Steigerung erfahren, die aber den außerordentlichen Rückgang der Gesamtausfuhr nach den übrigen Ländern nicht auszugleichen vermochte.

Somit beweisen uns denn die trockenen Zahlen dieser statistischen Nachweise unwiderlegbar, daß unser Gewerbe den Tiefstand der auf uns lastenden Krise auch jetzt noch nicht überschritten hat. Die weitere Verminderung der Warenausfuhr nach dem Auslande, die für unser Gesamtgewerbe rund 5 Proz., in einzelnen Zweigen desselben 10, ja sogar 30 Proz. ausmacht, und die geringe Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes müssen ganz naturgemäß auch den Arbeitsmarkt äußerst ungünstig beeinflussen. Die Arbeiterschaft ist es also, die die verheerenden Wirkungen dieser Wirtschaftskrise am allerempfindlichsten zu spüren bekommt.

Warengattung	Einfuhr in Mengen Doppelzentner			Ausfuhr in Mengen Doppelzentner			Einfuhr in Werten in 1000 Mark			Ausfuhr in Werten in 1000 Mark		
	Januar—Juni			Januar—Juni			Januar—Juni			Januar—Juni		
	1909	1908	- oder + wie 1908	1909	1908	- oder + wie 1908	1909	1908	- oder + wie 1908	1909	1908	- oder + wie 1908
Mit Metalldruck, Metallüberzug, Gold- oder Silber-schnitt versehenes Papier	67	76	- 9	2 206	2 734	- 528	23	27	- 4	791	1094	- 303
Postkarten mit Bilddruck	869	1 102	- 233	26 904	25 907	+ 997	313	405	- 92	9881	10363	- 482
Besuchskarten, Bilderpapier und anderes zu Rech-nungen usw. vorgerichtetes Papier	2 861	3 195	- 334	19 781	18 993	+ 788	421	474	- 53	4485	3799	+ 686
Papier, Pappe, ausgefärbt	917	1 137	- 220	4 519	4 161	+ 358	550	632	- 132	2301	2497	- 196
Spielkarten	21	19	+ 2	398	505	- 107	7	7	—	121	152	- 31
Tüten, Beutel, Säcke, Faltbeutel, Falttschachteln usw.	420	384	+ 36	7 997	9 907	- 1910	25	23	+ 2	610	594	+ 16
Briefumschläge	213	178	+ 35	14 182	14 925	- 743	15	12	+ 3	1096	1045	+ 51
Papierwäse	1	7	- 6	5 892	5 086	+ 796	—	2	- 2	1331	1093	+ 238
Papierausstattungen	710	700	+ 10	2 373	2 893	- 460	142	140	+ 2	458	567	- 109
Geschäftsbücher, Notizbücher	177	157	+ 20	4 746	4 829	- 83	22	19	+ 3	560	483	+ 77
Einbanddecken, Rappen, Atrappen, Etuis	159	176	- 17	2 921	2 975	- 54	30	33	- 3	674	714	- 40
Albums (Sammelbücher)	25	38	- 13	7 890	10 408	- 3018	4	6	- 2	784	1093	- 309
Waren aus Papier, Pappe, Steinpappe usw., Hart-papierwaren	1 226	1 780	- 554	16 397	18 030	- 1633	205	301	- 96	2532	2818	- 286
Lampenschirme, Laternen, andere feine Waren und Luxusgegenstände, Blumen	59	63	- 4	2 733	2 845	- 112	12	13	- 1	565	569	- 4
Schreibhefte und andere Waren	2 604	2 344	+ 260	15 556	15 414	+ 142	264	234	+ 30	1701	1541	+ 160
Waren aus Papier, Pappe, Steinpappe usw., Hart-papierwaren mit Gespinnten, Halbedelsteinen, Perlmutter, vergoldeten und silbernen inechten Metallen usw.	876	1 012	- 136	11 744	12 868	- 1124	139	160	- 21	1570	1592	- 22
Papier, Pappe und Waren daraus unvollständig an-gemeldet	—	—	—	3 777	4 548	- 771	—	—	—	623	609	+ 14
Bilder	24 824	25 888	- 1064	60 956	61 757	- 801	9 930	10 355	- 425	23457	23552	- 95
Papier, beschriebenes, bedrucktes	2 225	2 269	- 44	9 466	9 144	+ 322	534	545	- 11	2235	2195	+ 40
Musiknoten	1 387	1 114	+ 273	6 432	6 396	+ 36	624	501	+ 123	2382	2631	- 249
Kalender	376	303	+ 73	131	209	- 78	75	61	+ 14	25	40	- 15
Land-, See- und andere Karten zu wissenschaftlichen Zwecken	139	174	- 35	561	369	+ 192	70	87	- 17	285	190	+ 95
Zusammen	40 156	42 116	- 1960	227 050	234 843	- 7793	13 405	14 087	- 682	58 497	59 231	- 734

Internationales.

Noch immer Massenstreik in Schweden.

Als am 1. September, in der fünften Woche des allgemeinen Massenstreiks der schwedischen Arbeiterschaft, für fast die Hälfte der Streikenden das bekannte Übereinkommen zustande kam, da glaubte man, dass nun auch der ganze Riesenkampf binnen kurzem zum Abschluss gebracht sein werde. Der von der Regierung bestellte Vermittlungsmann Cederborg tat offenbar alles, um die Einigungsverhandlungen mit dem von jenem Übereinkommen nicht berührten grössten Teil der schwedischen Unternehmerverbände schleunigst in Gang zu bringen, und handelte damit im Interesse der Gesamtheit des schwedischen Volkes, des Gemeinwesens, des ganzen Landes, dem der Kampf auch in seiner nunmehr durchgeführten Einschränkung noch Tag für Tag ungeheuren Schaden zuführen musste. Aber für die Regierung waren solche Erwägungen nicht massgebend. Sie glaubte, es läge im Interesse des Unternehmertums, die Verhandlungen hinauszuschieben, und das Unternehmertum ist der Staat, ist die Regierung. Man wollte erst einmal abwarten, wie die Wiederaufnahme der Arbeit, soweit sie beschlossen war, durchgeführt wurde. Man wartete 14 Tage. Nachdem nun die Verhandlungen mit der schwedischen Arbeitgebervereinigung angeknüpft sind, gehen sie ziemlich langsam vor, so dass immer noch nicht voraussehen ist, ob und wann sie zum Ziele führen werden. Das Unternehmertum hofft offenbar immer noch, die Masse der fortdauernd streikenden oder ausgesperrten Arbeiter werde mittlerweile bedingungslos wieder zur Arbeit zurückkehren, und macht gewaltige Anstrengungen, um sie dahin zu bringen. Aber offenbar ohne den genügenden Erfolg. Indem die Unternehmer selbst in den Betrieben und Industrien, wo sie seinerzeit die Massenaussperrungen veranstalteten, zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern, handeln sie ja gewissermassen gegen ihre eigenen Aussperrungsbeschlüsse, die sie bis jetzt nicht aufgehoben haben. Es ist an sich nicht zu verwundern, wenn nach langer Dauer des Kampfes ein Teil der Streikenden abtrünnig geworden ist. Doch die Tatsache, dass noch immer 125 000 treu im Kampfe ausharren, ist Beweis genug dafür, dass der Kampf selbst nicht, wie es die Unternehmer so sehnlich wünschen, im Sande verlaufen wird.

Wie in anderen Berufen, so haben auch im Buchbindergewerbe die Arbeitgeber versucht, durch Lockungen und Drohungen die Streikenden wieder in die Betriebe zu bringen, und sie versuchen es fortdauernd und um so eifriger, als nun ja die Zeit da ist, wo die Arbeit drängt, und im übrigen in einem Teil der Betriebe, denjenigen, die nicht der Arbeitgebervereinigung angehören, wieder gearbeitet wird. Unseren über 1500 noch streikenden Kollegen und Kolleginnen ist in der vorigen Woche von den Arbeitgebern grösstenteils bekanntgegeben worden, dass sie entlassen seien. Sie haben dieser Drohung jedoch keine Beachtung geschenkt, in der wohlbegründeten Überzeugung, dass das Unternehmertum doch schliesslich froh sein wird, wenn es die geübten Arbeitskräfte einmal zurück erhält. Im vorigen Jahre bei der noch weit langwierigeren Buchbinderaussperrung in Stockholm und Eskilstuna, als die Arbeitgeber mit Massen von Streikbrechern prahlten, zeigte es sich gar bald, dass man auf das alte Personal durchaus nicht verzichten wollte.

Auch im Buchbindergewerbe hat natürlich die lange Dauer des Kampfes, an dem ja eine recht grosse Zahl Unorganisierter teilnahm, verbunden mit der allzu geringen Unterstützung, die gezahlt werden konnte, dahin geführt, dass ein Teil der Streikenden schliesslich abtrünnig wurde, aber auch hier steht, wie in der ganzen Arbeiterschaft, die Masse noch immer fest im Kampfe. Sie haben beschlossen, das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten. Unbedingt notwendig ist es natürlich, dass es ihnen sowie der gesamten am Kampf beteiligten Arbeiterschaft auch fortdauernd nicht an Notwendigsten zum Leben fehlt, und dafür zu sorgen, muss nach wie vor Aufgabe der internationalen Arbeiterschaft sein. Gegenüber den langen schweren Entbehrungen, die Schwedens Arbeiter und Arbeiterinnen durchgemacht und noch zu tragen haben, ist das Opfer, das von den Arbeitern im Auslande verlangt wird, sehr gering. Hier handelt es sich für den Einzelnen um wenige Groschen, die man sonst vielleicht für leicht entbehrliche Dinge ausgeben würde, die jedoch, von allen geleistet, eine so grosse Summe ergeben, dass die schwedische Arbeiterschaft ihren Kampf glücklich zu Ende führen kann.

Unsere Kollegen im Reich haben es bisher an opferwilliger Solidarität nicht fehlen lassen und

wir hoffen, dass sie auch fernerhin so handeln werden. Der Verbandsvorstand hat, neben den bisherigen 20 000 Mk., durch weitere 10 000 Mk. die Kampfbündner unterstützt. Der Schweizer Buchbinderverband hat den schon bewilligten 500 Mk., 476 Mk. zugefügt. Mit regem Eifer müssen die Sammlungen fortgesetzt werden, selbst wenn die eingeleiteten Verhandlungen zum Abschluss des Kampfes führen sollten, denn die Wunden, die die Kämpfer davontragen, sind so gross, dass sie nicht sogleich vernarben können.

Nochmals Samuel Gompers.

Auf die Auslassungen des Kollegen S. O.-Düsseldorf in Nr. 38 habe ich folgendes zu erwidern: Die Einleitung zum Artikel in Nr. 34 habe ich seinerzeit geschrieben, als ich den Redakteur, Koll. Michaelis, während seiner Ferienzeit vertrat. Ich habe von der Einleitung nichts zurückzunehmen und derselben auch nichts hinzuzufügen. Die Annahme des Kollegen S. O., als ob der Zweck der Einleitung gewesen sei, „dem Genossen Kautsky ein auszuweisen“, ist eine unrichtige. Die Ausführungen des Kollegen S. O. beweisen, daß er den Sinn der Einleitung gar nicht erfaßt hat. Für uns handelt es sich um die Anknüpfung von Verbindungen mit den amerikanischen Gewerkschaften, um die sich sowohl Gompers als Präsident der amerikanischen Gewerkschaften, als auch der Vorstand unseres Verbandes früher und jetzt bemüht hat. Unterzeichneter wurde deswegen auch zur Begrüssung Gompers seitens unseres Verbandsvorstandes delegiert.

Es steht fest, daß Gompers als Beauftragter der amerikanischen Gewerkschaften in Deutschland erschienen ist, was wir begrüßen können, ohne daß man deswegen die politischen Ansichten und Handlungen Gompers zu teilen bezw. gutzuheißen braucht. Und ich identifiziere mich durchaus nicht mit jenen Ansichten und Handlungen Gompers, sondern stehe ihnen sehr kritisch gegenüber. Bei dieser Gelegenheit aber solche Meinungsverschiedenheiten zu Angriffen auf Gompers zu benutzen, lag für die gewerkschaftliche Presse keine Veranlassung vor und auch die Parteipresse hätte angemessene Zurückhaltung üben können, ohne daß sie dadurch Parteinteressen verletzt hätte. Die Gelegenheit war eben schlecht gewählt. Auch christliche Gewerkschaftsführer werden wir bei Lohnbewegungen oder anderen Gelegenheiten, wo wir gemeinsam etwas durchführen wollen, nicht ob ihrer politischen Stellung examinieren, das sparen wir uns für andere Gelegenheiten auf, die sich ja genügend bieten.

Ich bleibe also dabei, durch die angefochtene Einleitung im gewerkschaftlichen Interesse gehandelt zu haben, von welcher Meinung mich auch der „energische Widerspruch“ des Kollegen S. O. nicht abbringen wird.

Damit ist auch die Anmerkung des stellvertretenden Redakteurs unserer Zeitung erledigt, auf die ich aus kollegialen Gründen nicht weiter eingehe.

Emil Klotz.

Agitationsveranstaltungen in Sachsen, Zeitz, Gotha und Halle.

Vom 5.—18. September fanden in den sächsischen Zählstellen, sowie in Zeitz, Gotha und Halle Agitationsveranstaltungen statt, in denen der Verbandsvorsitzende, Kollege Klotz, über das Thema referierte: „Welche Stellung haben die Kollegen und Kolleginnen den gegenwärtigen Zeitereignissen gegenüber einzunehmen?“ In seinen anfeuernden Ausführungen schilderte der Referent, wie mit den Verbesserungen der Technik die Produktivkräfte wachsen; doch ohne Nutzen für die Arbeiter. Den mehr erzeugten Reichtum behalten die Anwender ihrer Arbeitskraft für sich und den Arbeitern wird als bitterer Bodenfaß dieser Entwidlung gesteigerte Arbeitslosigkeit und Not zuteil. Um sich dagegen zu schützen, haben sich die aufgekärnten Arbeiter zu starken Gewerkschaften zusammengeschlossen und seien so in stande, auch Niesenkämpfe mit dem Kapital auszufechten, wie das schwedische Beispiel bezeugt. Der dortige Kampf wurde von dem Unternehmertum provoziert, das durch fortgesetzte Aussperrungen die Organisationen der Arbeiter zertümmern wollte. Die Aussperrungen in unserem Beruf, die in Berlin, Leipzig und Stuttgart, in Annaberg-Buchholz und in Forzheim zu schweren Kämpfen führten, sie zeigen, daß unsere Arbeitgeber von dem gleichen Verlangen befeuert sind und lehren uns so, den schwedischen Arbeitern gegenüber hilfreiche Solidarität zu üben. Da auch in unserem Gewerbe die Organisationen der Unternehmer große Fortschritte gemacht haben, so sei es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, für die Stärkung des Buchbinderverbandes fortwährend einzutreten, um ihm den gebührenden Einfluß auf die Festsetzung

der Arbeitsbedingungen zu erhalten und dort, wo es noch notwendig sei, zu erobern. Das sei um so mehr nötig, als dem merktätigen Volke jüngst wieder 500 Millionen neue Steuern aufgeladen worden seien, während die reichen Klassen sich davon gebrüht hätten. Dabei haben selbst die statistischen Veröffentlichungen der Regierung zugeben müssen, daß wichtige, unentbehrliche Volkswirtschaftsmittel durch indirekte Steuern vielfach bis 25, 63, ja bis zu 71 Prozent ihres Wertes belastet sind. Nun kommen die neuen Steuerlasten noch hinzu. Gegen die Einkommensteuern könne sich die Arbeiterschaft nun zwar durch einen Boykott schützen, und das solle nach Kräften geschehen; aber die Steuern, die erneut auf die unentbehrlichsten Nahrungsmittel gelegt wurden, kann die Arbeiterschaft nicht von sich abköpfeln, deshalb heiße es für sie, die Löhne besser zu gestalten, was natürlich ohne entsprechende Macht der Gewerkschaften nicht möglich sei. Zu derartigen Forderungen seien wir berechtigt, und die Arbeitgeber müßten sich damit wohl oder übel abfinden, weil sie selbst die mißliche Lage der Reichsfinanzen und auch die neuen Steuern mitbeschuldeten, indem sie für die Wahl volksvertretender Abgeordneter im Reichstag wirkten, während die Arbeitervertreter im Reichstage von vornherein gegen die Steuern gesprochen und gestimmt hätten. Allerdings nicht die christlichen Gewerkschaftsführer, die eine volksverräterische Politik getrieben haben. Die Stellung der Arbeiterklasse und auch unserer Kollegenchaft gegenüber den gegenwärtigen Zeitereignissen sei klar vorgezeichnet. Sie könne nur bedeuten: Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation und Presse, damit das Interesse der Arbeiterklasse nach jeder Richtung gewahrt werden könne. Für uns stehe naturgemäß die Erfüllung gewerkschaftlicher Pflichten an erster Stelle. Hierzu seien aber alle Kollegen und Kolleginnen ohne Unterschied verpflichtet; es wäre ein verhängnisvoller Fehler, solches nur den Funktionären des Verbandes aufzuladen. In der Einigkeit und der Mitwirkung aller beruhe die Kraft der Arbeiterklasse und ebenso die unseres Verbandes. Die Erfahrung lehrt, daß die mageren Krisenjahre durch Jahre der Hochkonjunktur abgelöst werden. Mangelnde Anzeichen sprechen für eine aufsteigende Konjunktur. Da muß die kurze Spanne Zeit benutzt werden, um unsere Reihen und Massen zu stärken, damit wir beim Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse gerüstet sind. Neben seiner Hauptaufgabe, dem Streben nach besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, erfülle unser Verband aber auch noch andere sehr wichtige Zwecke durch sein großartig ausgebauten und leistungsfähigen wirkenden Unterstützungsweesen, das der Referent in seiner Gesamt- und Einzelwirkung schilderte, indem er zugleich sein eifriges Studium der vom Verband herausgegebenen kleinen Agitationsbroschüren, Flugblätter, Jahresberichte und der „Buchbinder-Zeitung“ aufforderte.

In Mügeln bei Dresden begann am 5. September die Reihe der Versammlungen. Der Besuch war ein unbefriedigender, obwohl gerade hier alle Veranlassung zu einer starken Teilnahme an der Versammlung vorlag, da trotz der Not der Zeit fortgesetzte Lohnfällungen in der vornehmlich für Mügeln in Betracht kommenden Zugsfabrik A.-G., vorm. Paul Süß, vorgenommen werden. Uebertriebene Furcht und Leichtsinns tragen die Schuld an der geringen Teilnahme der Kollegenchaft. Es wird höchste Zeit, damit aufzuräumen. Einstimmig wurde der beabsichtigten Erhöhung der Lokalbeiträge in Dresden — zu dem Mügeln gehört — zugestimmt.

Schnitz hat am 6. September schon ein besseres Bild, obgleich auch hier noch manche fehlten, denen der Versammlungsbesuch sicherlich nichts geschadet hätte. Leider sind einige uneinsichtige Kollegen nach der vorjährigen Lohnbewegung wieder abgebrockelt, um die Verbandsbeiträge zu „sparen“. Törichte „Sparfamkeit“, die den Weg zu weiteren Erfolgen sich selbst erschwert! Im übrigen wird dieser Posten an der böhmischen Grenze wachsam sein, wie die Versammlungsbesucher gelobten, daß der Verband keinen weiteren Verlust erleidet.

In Dresden begann sich am Abend des 7. September der große Saal des „Volkskaufes“, in dem 1904 unser Verbandsrat abgehalten wurde, schon lange vor dem Beginn der Versammlung zu füllen. Es war eine stattliche Versammlung, wie sie Dresden seit den Streiktagen 1904 nicht wieder gesehen. So gar auf der Galerie mußten zahlreiche Zuhörer Platz nehmen, weil der Partererraum vollständig besetzt war. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Erhöhung der Lokalbeiträge sprach Kollege Klotz. Er wies auf die Notwendigkeit einer besseren Finanzierung der Lokalkasse hin, damit, wenn der Zahlstelle einstmals ernsthafte Kämpfe bevorständen, sie auch in der Lage sei, aus eigenen Mitteln etwas zur Unterstützung der Kämpfenden tun zu können. Außerdem verursache die Einkassierung der Beiträge durch Hauskassierer erhebliche Ausgaben, da

man den Hausfassierern, die fast ihre ganze freie Zeit ihrer mühsamen Tätigkeit widmen müßten, nicht zumuten könnte, dies ohne jegliche Entschädigung zu tun, zumal ihnen daraus auch bare Ausgaben erwüßten. Ferner komme die Vergrößerung des Volksaufwandes durch Ankauf zweier neuer Grundstücke in Betracht, wozu auch die Zahlstelle das ihrige beitragen müßte, damit nicht von vornherein mit einer ungesunden Schuldenwirtschaft gerechnet werden müsse. Im Auftrage einer Vertrauensmännerziehung, die alles genau erwogen habe, schlage er daher vor, den Lokalbeitrag für männliche Mitglieder von 5 auf 10 Pf. pro Woche und für weibliche Mitglieder von 10 Pf. monatlich auf 5 Pf. pro Woche zu erhöhen. Nach einer längeren Debatte wurde dieser Antrag gegen wenige Stimmen angenommen, worauf die Versammlung ihren Schluß fand.

Falkenstein konnte sich am 8. September gleichfalls einer gutbesuchten Versammlung rühmen. Hoffentlich kommen die paar Außenreiter, die hauptsächlich in einem Betriebe stehen, auch bald zu der Erkenntnis, daß der Beitritt zum Verbandsverbande ihnen selbst den größten Nutzen bringt und die geschlossene Einigkeit der Kollegenschaft sehr wohl imstande ist, reformierend auf die Arbeitsverhältnisse einzuwirken. Geklagt wird, nicht nur von den Kollegen, sondern auch von den Arbeitgebern, über die Plötzlichkeit der Auftragserteilungen seitens der Stickerfabrikanten. Zuweilen muß den ganzen Tag der Betrieb auf Aufträge warten und sich mit Vorratsarbeiten beschäftigen, dann läuft plötzlich kurz vor Feierabend ein Auftrag ein, der sofort erledigt werden muß, ohne daß seitens des Auftraggebers nach der regelmäßigen Arbeitszeit gefragt wird.

In Zwickau demonstrierte die Versammlung am 9. September gewissermaßen, daß unsere dortige Zahlstelle zu den kleinsten unseres Verbandes gehört. Das braucht nicht immer so zu bleiben, da immerhin in Zwickau eine Anzahl Betriebe sind, die eine nicht unerhebliche Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigen, auf deren Gewinnung für den Verband bei eifriger Agitation gerechnet werden kann. Hat sich doch unser Mitgliederbestand in den letzten Monaten schon gehoben. Da einige Nichtmitglieder ihr späteres Eintreten in den Verband in Aussicht stellten, so darf man wohl auf weitere Erfolge hoffen.

(Fortsetzung folgt.)

Gautag des Gaues 9.

II.

Das Referat des Kollegen Zinke wurde mit großem Beifall aufgenommen und mit ihm alle Anträge, welche die Agitation betreffen, zur Diskussion gestellt. Kollege Smolny-Grurt hält die Anstellung eines Gau- oder Bezirksleiters für Nützlichungen für gerechtfertigt, indem er auf die großen Opfer, welche die Streiks in Erfurt und Gotha verursacht haben, verweist. Ein solcher Beamter könne bei ausbrechenden Differenzen sofort eingreifen und könnte dadurch eher etwas erreicht werden. In der ruhigen Zeit fördere er die Agitation usw. Dtt-Geca hält die mündliche und Hausagitation für die beste, ein Gauleiter könnte aber nicht von Haus zu Haus gehen.

Ein Antrag der Zahlstelle Eisenach auf Aufnahme einer Berufsstatistik wurde wieder zurückgezogen, da der Hauptvorstand dem Wunsche schon entsprochen hat. Ein Antrag des Kollegen Köllner-Eisenach auf Erhöhung der Gaubeiträge, zur Gewinnung weiterer Mittel für die Agitation, wurde abgelehnt, da der Verbandsvorstand solche Mittel jederzeit zur Verfügung stellt. Das gleiche Schicksal erlitt ein Antrag des Gauvorstandes, der zur Vereinfachung der Geschäfte vorschlug, 2 Proz. der Mitgliederbeiträge als Gaubeitrag abzuführen. Der Beitrag beträgt also auch fernerhin 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder. Anträge von Kufsa und Koburg, welche vom Verbandsvorstand eine weitere Unterstützung der Agitationsarbeit in den kleineren Orten Thüringens verlangen, wurden durch Annahme einer Resolution erledigt, welche die Gautagsdelegierten und die Mitglieder zu reger Agitationsarbeit verpflichtet und den Ausführungen des Kollegen Zinke zustimmt.

Nach kurzer Mittagspause wurde in die Beratung der Anträge zum Verbandstag eingetreten. Ein Antrag aus Langensalza, der sich gegen jede Beitragsverhöhung wandte, und ein Antrag der Eisenacher Zahlstelle, der sich gegen die Erhöhung des 50 Pf.-Beitrags wendet, aber eine Erhöhung des 60 Pf.-Beitrags auf 75 Pf. befristet, fanden keine ausreichende Unterstützung; gleiches widerfuhr einem Antrag der Eisenacher Zahlstelle, der obligatorische Einführung der Invalidenversicherung forderte. Kollege Zinke fordert jedoch dabei zu regerer Beitragsleistung zur Invalidenunterstützung auf, denn nur dann sei die Gewähr für die

baldische obligatorische Einführung dieses Unterstützungsweiges gegeben. Der Kollege Köllner empfiehlt allen Verbandsfunktionären die Einrichtung Eisenachs, wo allen Mitgliedern Beitragskarten ausgestellt werden. Dann würden die Mitglieder mehr als gegenwärtig steuern. Kollege Tschorn-Göhnik wendet sich gegen die obligatorische Einführung; sie solle eine freiwillige bleiben. Der Antrag Eisenach, statt der Hinterbliebenenunterstützung ein Steuerbegeld einzuführen, wurde abgelehnt, da man erstere für praktischer hielt. Auch ein Antrag aus Nordhausen, nach dem das Krankengeld schon vom vierten Tage an zu zahlen sei, mußte fallen, da sonst eine Beitragsverhöhung nicht ausbleiben würde. Kollege Walther-Erfurt erwähnt hierzu: Die Zentralfrankenkasse der Buchbinder könnte nach Liquidation in eine Zuschußkasse umgewandelt werden. Durch Zahlung eines höheren Beitrages würde dann der Verband seine Mitglieder bei genannter Kasse versichern und es wäre in solchem Falle der Beitrag nicht so hoch, wie er jetzt in beiden Kassen zusammen ist. Die Erfurter Kollegen beantragten: Die Karenzzeit zum erstmaligen Arbeitslosenunterstützungsbezug für direkt nach Beendigung ihrer Lehrzeit eintretende Mitglieder auf 13 Wochen Beitragszahlung herabzusetzen und den Betrag nur als Reiscunterstützung auszugeben. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt und dabei bemerkt, daß es von großem Vorteil sei, die Lehrlinge schon im letzten Jahre zur Organisation heranzuziehen, und so zu tüchtigen Verbandsmittgliedern auszubilden. Der Antrag Gotha: Das Ergebnis der Verbandstagswahlen den aufgestellten Kandidaten schnellstens mitzuteilen, wurde zurückgezogen.

Die beiden Nebivorsten hatten inzwischen die Richtigkeit der Kasse und Bücher festgestellt, worauf dem Gauvorstand Entlastung erteilt wurde.

Unter Verschiedenem werden den schwedischen Arbeitern 50 Mk. aus der Gaufasse bewilligt. — Gautage sind in Zukunft nach einem angenommenen Antrag Langensalza mehr in Städten mit zentraler Lage abzuhalten. Die Wahl bleibt dem Gauvorstand überlassen. Ihrer geographischen Lage halber, wollen die Zahlstellen Weizenfels, Halle und Zeitz dem Gau 9 angeschlossen werden. Der Gauvorstand wird beauftragt, sich mit dem Gauvorstand des 5. Gaues in Magdeburg und dem Zentralvorstand in Verbindung zu setzen. Die Zahlstelle Apolda bittet, ihr die schuldigen Gaubeiträge vom 3. Quartal 1907 bis inklusive 4. Quartal 1908 zu erlassen. Dem Antrag wird ausnahmsweise stattgegeben. Den Apoldaern wurde aber angeraten, einen monatlichen Lokalbeitrag zu erheben, damit sie ihren Verpflichtungen in Zukunft pünktlich nachkommen können. Ein Antrag des Kollegen Zinke, die Delegationskosten des Weizenfeler Kollegen auf die Gaufasse zu übernehmen, wurde in der Weise angenommen, daß Gau 5 einen Teil zurückerstattet soll. Auf früheren Gautagen hatten Altenburg und Göhnik den Wunsch geäußert, dem Gau Sachsen angeschlossen zu werden. Dem wurde jetzt infolgedessen entgegengekommen, daß beide Zahlstellen dem Agitationsbezirk Chemnitz einverleibt werden dürfen, aber nach wie vor an den Gau 9 zu zahlen haben. Einheitliche Tarife sollen für unsern Gau bei passender Gelegenheit gleichfalls angestrebt werden. Der Geschäfts- und Kassenbericht des Gaues soll in Zukunft acht Tage vor Abhaltung eines Gautages jedem Delegierten zugestellt werden. Die Tagesblätter der Gautagsdelegierten wurden auf 6 Mk. festgesetzt und darauf der Gautag mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Die Schriftführer:
B. Horn. K. Köllner.

Korrespondenzen.

Deutschland: Gesperrt ist die Kgl. Bayerische Hofbuchdruckerei und Verlagsabteilung H. C. Sebald in Nürnberg.

In Posen sind Differenzen ausgebrochen. Vor Arbeitsannahme sind Erkundigungen bei dem Bevollmächtigten einzuziehen.

Schweden: Ganz Schweden ist wegen Ausperrungen und Generalstreik gesperrt.

Ungarn: Ueber die Lederwarenfabrik in Raab und Kaschau ist die Sperre verhängt worden.

Oesterreich: In Mähr.-Drauzischen sämtliche Kollegen, in Krakau (Galizien) ein Teil im Streik. In Brünn (Mähren) befinden sich die Buchdruckerei-Buchbinder, in Innsbruck (Tirol) sämtliche Kollegen und Kolleginnen in einer Tarifbewegung. Zugang strengstens hintanzuhalten.

Schweiz: In St. Gallen stehen die Kollegen in Lohnbewegung. Zugang von Buch-

büchern, Mustermachern und Kartonnagenarbeitern ist fernzuhalten.

Böhmen: Prag, Pilsen und Budweis sind bis auf weiteres für alle Berufsangehörigen gesperrt.

Nürnberg-Fürth. Die Lage der Aussperrung des Buchbinderpersonalis bei der Firma H. C. Sebald, Königl. Bayerische Hofbuchdruckerei und Verlagsabteilung, hat sich gebessert. Am Samstag, den 18. September, legten 3 Kollegen die Arbeit nieder und erklärten sich mit den ausgesperrten solidarisch. Kollege Karl Zinke — nicht Zinkel, wie ihn irrtümlicherweise der Druckfehlertausch zweimal nannte — befindet sich ebenfalls darunter. Nachdem die Genannten sich auf unsere Seite begeben haben, sind sie unsere Feinde nicht mehr und ist das Vorgekommene damit vergessen. Die beim Tarifschiedsgericht angehaltenen Verhandlungen haben sich sehr in die Länge gezogen. Hoffentlich wird die zugunsten der ausgesperrten veränderte Lage mit dazu beitragen, daß die Sache etwas rascher vor sich geht. Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter stehen uns tatkräftig zur Seite. Zugang von Buchbindern, Gestetterinnen und Falzerinnen ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Magdeburg. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte am 12. d. Mts. und legte in ihr der Vorstand der Zahlstelle den ausgearbeiteten Tarifentwurf vor, dessen Annahme er empfahl. Kollege v. d. Neith erläuterte die einzelnen Tarifpositionen und schloß mit dem Wunsch auf ein günstiges Zustandekommen des Tarifs, damit ein langgehegter Wunsch der Magdeburger Kollegen endlich verwirklicht werde. In der Diskussion, die zum Teil recht lebhaft war, wurde von allen Rednern betont, daß die aufgestellten Forderungen tatsächlich nur Minimallohne enthalten, an denen bei den kommenden Verhandlungen festgehalten werden müsse. In seinen wesentlichen Punkten besagt der Tarifentwurf etwa folgendes:

1. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, am Sonnabend und den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage 8½ Stunden.

2. Der Minimallohn beträgt für Gehilfen: nach dreijähriger Lehre im 1. Gehilfenjahr: 18,75 Mk.; nach vierjähriger Lehre im 1. Gehilfenjahr bezw. nach dreijähriger Lehre im 2. Gehilfenjahr: 21,40 Mk.; im 6. Jahre der Berufstätigkeit 23,50 Mk.; nach dem 6. Jahre der Berufstätigkeit: 24,60 Mk.; für Spezialarbeiter beträgt der Minimallohn 25,75 Mk. Der Minimallohn beträgt für Arbeiterinnen: für ungebühte im ersten Vierteljahr: 6,50 Mk.; im zweiten Vierteljahr: 7,50 Mk.; im zweiten Halbjahr: 9,00 Mk.; nach einem Jahre: 10,70 Mk.; für gebühte Arbeiterinnen: 11,75 Mk.; für Maschinenarbeiterinnen: 12,75 Mk.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die oben benannten Minimallohne bereits haben, erhalten eine Zulage von 5 Proz. ihres bisherigen Lohnes.

3. Bei Akkordarbeiten findet der zwischen dem Buchbinderbesitzerverband und dem Buchbinderverband vereinbarte Akkordtarif Anwendung.

4. Bezahlung der gesetzlichen Feiertage.

5. Regelung des Aufschlages für Ueberstunden. Wichtig ist außerdem noch der Punkt 9 betreffend Einsetzung eines Schiedsgerichts. Der Entwurf wird in den nächsten Tagen den Unternehmern sowie der Innung zugestellt. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende, desgleichen die Kollegen Schubert und Herzberg, die Kollegen, alle Säumnigen aufzuräumen und tüchtig zu agitieren, damit auch die noch fernstehenden dem Verband zugeführt werden. Dann werde man auch in Magdeburg zu besseren Verhältnissen kommen.

Berlin. Tarifverhandlungen in der Postkartonbranche. Am 17. dieses Monats tagte eine gutbesuchte Versammlung der in der Postkartonbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den „Fortunafällen“. Sie beschäftigte sich mit dem jeweiligen Stand der Tarifverhandlungen mit den Prinzipalen. Die Tarifkommission hat, wie Kollege Schade als Referent bekanntgab, mit den Unternehmern in drei Sitzungen verhandelt, trotzdem konnte die Angelegenheit nicht sehr gefördert werden. Schon die Bezeichnung „Minimaltarif“ war den Arbeitgebern ein Stein des Anstoßes. Sie wollen diese abgeändert wissen, weil sie sonst über die Minimallohne hinaus zu zahlen gezwungen würden. Auch wollen sie nicht, daß der Tarif sich auch auf die Zuschneider und Arbeiterinnen erstreckt. Allein für die Mieter soll er abgeschlossen werden. Die Begründung ihrer Wünsche ist durchsichtig. Sie behaupteten, daß die Zuschneider Vertrauensposten inne hätten, da ihnen das gesamte Material anvertraut werde; durch eine tarifliche Regelung werde aber das notwendige gute Einvernehmen gestört. Dann hätten auch die

Zuschneider schon gute Arbeitsbedingungen, da sie ja Weihnachtsgarantifikationen und Urlaub bekommen. Einen diesen Strich durch diese Ausreden machte aber Herr Otto, der ehrlich zugestand, daß man die Zuschneider und Arbeiterinnen nicht in den Tarifvertrag aufnehmen wolle, da sonst die Begehrlichkeit der Kollegen und Kolleginnen in der Bezugsbranche gesteigert werde. Auch über die eigentlichen Tarifbestimmungen wurden keine befriedigende Vereinbarungen getroffen. Die Beratung über die Verfürgung der Arbeitszeit von 55 auf 52 Stunden pro Woche mußte ausgekehrt werden. Auch über die geforderten Lohnsätze konnte keine Einigung erzielt werden, da die Prinzipale statt einer zehnprozentigen Lohnerhöhung für diejenigen, welche die geforderten Tariflöhne schon erhalten, nur eine fünfprozentige zugestehen wollen. Nur keine Zugeständnisse wurden bisher erzielt, so die Regelung der Lehrlingsfrage. Die Freigabe des 1. Mai wurde rundweg abgelehnt. Dann wollen die Prinzipale statt der geforderten dreijährigen Tarifdauer eine fünfjährige. Die Verhandlungen wurden, da ein annehmbares Resultat nicht zu erzielen war, vorläufig abgebrochen. Ein Antrag der Werkführer, im Tarif aufzunehmen, daß zwei Vertreter des Werkmeisterverbandes im Schiedsgericht mit beratender Stimme zugelassen sind, wurde von den Kollegen mit großer Heiterkeit aufgenommen. Mit Recht wurde bemerkt, daß die Herren sich anscheinend über das Wesen der Tarifverträge nicht ganz klar seien, sonst könnten sie nicht das naive Verlangen stellen, daß in einem Vertrag, den zwei Kontrahenten abschließen, ein dritter mit einbezogen wird. Ferner machte Schade die Vorschläge der Prinzipale zu dem Akkordtarif bekannt und ersuchte die Versammelten, sich zu diesen Vorschlägen zu äußern und der Kommission Direktiven zu geben, wie sie sich bei den nächsten Verhandlungen verhalten soll. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen und Kolleginnen in scharfer Weise gegen die Ansicht der Prinzipale aus, daß die Zuschneider und die Arbeiterinnen in dem Tarife nicht hineingehören. Sie sind der Ansicht, daß die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen in den Tarifvertrag einbezogen werden müssen, weil sie mit den Nichtern Hand in Hand arbeiten; ferner wenden sie sich dagegen, daß der Tarif fünf Jahre Dauer haben soll. Kollege Klar wandte sich scharf gegen den Antrag der Werkmeister. Es liege keine Veranlassung vor, dem Wunsche der Werkmeister Rechnung zu tragen, denn wir schließen keinen Tarifvertrag mit den Werkmeistern, sondern mit den Prinzipalen ab. Unter keinen Umständen könne man dem Tarifvertrag zustimmen, wenn der Antrag der Werkmeister mit hinein kommt. Wenn Streitigkeiten zwischen dem Werkführer und Arbeiter entstehen, so können die Streitfälle zwischen der Organisation der Arbeiter und dem Verbands der Werkmeister geregelt werden. Die Zuschneider und Arbeiterinnen müssen mit in den Tarif aufgenommen werden, denn es ist endlich an der Zeit, auch für diese Kategorien bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Kollege Teusch führte aus, daß die Kommission besteht sei, soviel wie möglich für die Kollegen und Kolleginnen bei den Verhandlungen herauszuholen; die Kommission erwartet aber, daß die Kollegenschaft auch geschlossen hinter ihr stehe. Nach einem Schlußwort des Kollegen Schade fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 17. September 1909 in den „Forumajäten“ versammelten Nichter, Zuschneider und Arbeiterinnen nehmen Kenntnis von den bisherigen Verhandlungen. Sie bewahren lebhaft das ablehnende Verhalten der Prinzipale und beauftragen die Tarifkommission, dafür zu sorgen, daß die Zuschneider und Arbeiterinnen unter allen Umständen mit in den Tarifvertrag aufgenommen werden. Sie sind ferner der Ansicht, daß bei einigem Entgegenkommen der Arbeitgeber es möglich sein wird, einen Tarif zustande zu bringen, der beide Teile, Prinzipale sowohl als auch die Arbeiter, befriedigt. Sie beauftragen die Kommission, noch vor dem 1. Oktober von dem Stand weiterer Verhandlungen Bericht zu erstatten.“

Krefeld. Der Bericht der Tarifkommission wurde in einer Versammlung am Sonntag, den 12. d. M., erstattet. Kollege Groenhoff-Ehrfeld nahm im Anschluß daran das Wort und führte aus, daß die Stimmung der Versammlung beweise, daß die Kollegen mit dem Tarifentwurf zufrieden seien, jedoch sei zu wünschen, daß man denselben bald unter Dach und Fach habe. Medner erklärte sodann die Auffassung des Verbandsvorstandes zur Akkordarbeit und verbreitete sich über das Wesen derselben. Zum Schluß seiner Ausführungen bat Medner, die einzelnen Positionen des neuen Tarifes getrennt vorzunehmen, um besser darüber diskutieren zu können. Letzteres geschah und in der Abmimmung wurden dieselben nach teilweise lebhafter Diskussion sämtlich einstimmig angenommen. Der Vorsitzende, Kollege Bauer, gab sodann dem Wunsche Ausdruck, daß man nach Kräften bestrebt sein möge, den Tarif auch durchzuführen, nach-

dem man ihn nun gründlich durchberaten habe. Er forderte die Mitglieder auf, gleich dem Vorstand sich die größte Mühe zu geben und durch lebhaftes Agitation mitzuarbeiten. Sodann wurde beschlossen, den neuen Tarif vorberhand nicht in der Presse zu veröffentlichen. Kollege Groenhoff erhielt das Schlußwort und betonte nochmals, weshalb die hiesige Zahlstelle mit dem Anerbieten der Arbeitgeber nicht einverstanden sei, sondern einen eigenen Tarif aufgestellt habe. Kollege Bauer machte noch den Vorschlag, demnächst eine öffentliche Versammlung abzuhalten, worin der Versuch gemacht werden solle, die unorganisierten Kollegen für unsern Verband zu gewinnen, und teilte an Hand einer Statistik der hiesigen Fortbildungsschule mit, daß wir in unserem Bezirke im Jahre 1906: 58 Lehrlinge, 1907: 70 Lehrlinge und 1908: 87 Lehrlinge zu verzeichnen hatten, daß also die Zahl der Lehrlinge stets im Wachsen begriffen ist.

Mannheim-Ludwigshafen. Zwei Berichtigungen sind bei der Redaktion der „B.Z.“ wegen des letzten Situationsberichts aus Mannheim-Ludwigshafen eingelaufen. Der Genosse Sch. Waldauf schreibt uns, daß er seit 6 Jahren überhaupt keinen Gehilfen mehr beschäftigt habe und seines Wissens auch noch nie einen unorganisierten Gehilfen angenommen hat. Gleichzeitig berichtigt der Genannte für den Buchbindermeister Schuch, daß dieser nicht für die Parteidruckerei arbeite. Auch der Genosse Peter Horlacher hat eine längere Berichtigung eingefandt, aus deren tatsächlichen Angaben wir hervorheben, daß Horlacher entschieden beitrete, daß er der Organisation hindernd entgegenstehe. Er habe lediglich einen Kollegen verwiesen, als dieser öfters die Arbeit ruhen ließ, um mit den im Betrieb beschäftigten Arbeiterinnen über Organisationsfragen zu sprechen. Die Firma Bauer erkenne übrigens den Tarif nicht nur auf dem Papier an, sondern zahle auch nach demselben. Die gegenteiligen Behauptungen rühren, nach Horlachers Meinung, von einem wegen Arbeitsmangel entlassenen Kollegen her, der erst kurze Zeit organisiert sei. Auf die erstere Berichtigung wird uns mitgeteilt, daß Waldauf innerhalb der letzten Jahre mehrere Gehilfen hatte, so habe im vorigen Jahre ein junger Gehilfe bei ihm gearbeitet, der sogar nur 3 Mk. Wochenlohn ohne Kost und Logis erhalten habe; zur Weihnachtzeit habe er ebenfalls einen Kollegen beschäftigt und vor etwa 6 Wochen sei neben Waldaufs Sohn — der ebenfalls nicht organisiert sei — ein älterer Kollege in Waldaufs Werkstatt an der Arbeit gesehen worden. Zudem habe er sich auch die Berichtigung für Schuch eriparen können, denn erstens habe die Parteidruckerei erst seit Jahresfrist eigene Buchbinderei eingerichtet und vordem habe Schuch mit zum größten Teil unorganisierten Kollegen deren Arbeiten fertiggestellt und arbeite heute noch für die Gewerkschaftsbureaus. Auf die letzte Berichtigung hin konnten wir noch keine näheren Erkundigungen einziehen.

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“ kommentiert die Angelegenheit schon mit einigen häßlichen Glossen. Das Unternehmernorgan kann eben nicht begreifen, daß organisierte Arbeiter mit Zug und Recht von ihren Genossenschaftsgenossen verlangen, daß sie in erster Linie organisierte Arbeiter beschäftigen. Um nun wegen solcher Differenzpunkte den Wegnern kein Material zu liefern, halten wir es für richtiger, wenn in Zukunft diese auf andere Weise geregelt werden. Mögen doch bei ähnlichen Zwistigkeiten unsere Zahlstellenleitungen zunächst mit den Betreffenden in Unterhandlungen treten und, wenn sie damit nichts erreichen, sich an die örtlichen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen wenden und diese zu geeigneter Vermittlung ersuchen. Dann wird sich wohl schon eine zufriedenstellende Regelung finden lassen. Erst wenn auch diese Instanzen versagen oder ihre Vermittlung erfolglos bleibt, dann mag die Öffentlichkeit zu ihrem Veto aufgerufen werden. Deshalb schließen wir vorläufig die Akten und halten es für richtiger, wenn über die strittigen Punkte beide Parteien vorerst eine gemeinsame Aussprache pflegen.

Rundschau.

P. Vertragsfähigkeit der Arbeitgeberverbände. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ sieht sich in der Nummer vom 29. August wieder einmal genötigt, die Vertragstreue der Holzarbeiter in Zweifel zu ziehen. Den Anlaß dazu gaben Arbeitsniederlegungen bei der Firma Gebr. N. und M. Maul in Berlin und Pöhlzer jun. in Schöneberg. In beiden Fällen könnten jedoch berechnete Vorwürfe nur erhoben werden, wenn die beteiligte Organisation den Vertragsbruch unterstützt hätte, nicht aber wenn, wie in den beiden benannten Fällen, für ordnungsmäßige Erledigung durch die zuständigen Instanzen Sorge getragen wird. Den Holzindustriellen steht es aber überhaupt schlecht an, über mangelnde Vertragstreue ihrer Arbeiter zu klagen. In dem sechsen

erschienenen Jahrbuch des Deutschen Holzarbeiterverbandes 1908 wird der dokumentarische Nachweis geführt, daß nicht nur einzelne Arbeitgeber, bei denen man vielleicht noch mangelhafte Auffassung des Tarifgedankens annehmen könnte, sonderbare Ansichten über Vertragstreue entwickeln, sondern, daß sogar der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Nichtinnehaltung getroffener Abmachungen verteidigt. Es wird dort ferner klipp und klar nachgewiesen, daß die Mitglieder des Schutzverbandes die von ihrer Verbandsleitung getroffenen Vereinbarungen nicht anerkannten und der Vorstand des Schutzverbandes sich in dieses, die Vertragsfähigkeit des Schutzverbandes zu eigenartig illustrierende Verhalten seiner Mitglieder fügte.

Feierlichst hatte der Vorsitzende des Schutzverbandes, Herr Harardt, in einem Schreiben vom 29. Januar 1908 an den Staatsminister v. Werpsich versichert, „daß sie sich einem Schiedspruch der Schlichtungskommission, deren Vorsitzender Ew. Erzellenz ist, ohne weiteres unterwerfen wollen“. Trotdem lehnten die Bezirksvereine Darmstadt, Essen, Frankfurt a. M., Ludenwalde, Magdeburg, Wiesbaden und Zoppot die Anerkennung des Schiedspruches ab.

Würde in diesen Fällen die Verbandsleitung von ihren Mitgliedern im Stich gelassen, so hat sich die Verbandsleitung in einem weiteren Falle recht kräftige Seitensprünge erlaubt. Die Eisenacher Holzarbeiter glaubten Ausstellungen an der Erfüllung des mit dem dortigen Schutzverband getroffenen Abkommens machen zu sollen und wandten sich deshalb an den örtlichen Vorsitzenden. Dieser antwortete darauf:

„Wenn Sie Anspruch darauf erheben, daß unser Vertrag bei der jetzigen Geschäftslage eingehalten werden soll, so müssen Sie jedenfalls darauf bedacht sein, daß ihre Mitglieder bei uns fernstehenden Betrieben, also Nichtmitgliedern des Arbeitgeberverbandes, zu keinen günstigeren Bedingungen für die betreffenden Arbeitgeber arbeiten. — Wird Ihnen dies nachgewiesen, so haben Sie absolut keine Aussicht auf strikte Durchführung unserer Vertragspflichten, jedenfalls würde ich es unter diesen Umständen ablehnen, weitere Schritte zu unternehmen. — Die Vertimmung bei unseren Mitgliedern über den Ausgang des Vertrages ist bei der jetzigen Zeit so stark, daß es nur einiger Beschwerden Ihrerseits bedarf, um den unfrigen Kontrahenten des Vertrages zu verlieren. Persönlich werde ich versuchen, wenn solche Uebelstände wirklich vorhanden sind, auf deren Abstellung einzuwirken, aber auf Erfolg habe ich selbst keinen Glauben. Möchte Ihnen vielmehr raten, mit dem Erreichten recht zufrieden zu sein und kleinere Uebertretungen nicht zu sehen, ich glaube, daß Sie damit besser fahren. Nach der nächsten Versammlung werde ich Ihnen auch die unfrigen Mitglieder der Schlichtungskommission namhaft machen.“

Das war etwas reichlich viel. Kein Wort der vertraglichen Abmachungen deutet auf eine Klausel hin, nach der die Erfüllung des Vertrages ausgeföhrt werden kann, wenn in anderen Betrieben zu anderen Bedingungen gearbeitet wird. Trotdieser offenkundigen Vertragsverletzung brachte es auf Einspruch des Holzarbeiterverbandes der Vorstand des Arbeitgeberverbandes fertig, zu antworten:

„Wir schließen uns diesem Schreiben voll und ganz an, und machen auch wir Sie darauf aufmerksam, daß, solange Arbeitgeber, die uns nicht angehören, zu günstigeren Bedingungen arbeiten wie unsere Mitglieder, wir unter keinen Umständen die Garantie für Innehaltung der Verträge seitens unserer Mitglieder übernehmen können.“

Es bedurfte ganz energischer Auftretens des Vorstandes des Deutschen Holzarbeiterverbandes, um der Leitung der Arbeitgeberorganisation beweislich zu machen, daß auch die Herren Arbeitgeber einmal getroffene Abmachungen respektieren müssen. Die Herren aus dem Lager der Arbeitgeberorganisation haben also gar keine Veranlassung zu einem pharisäischen Gezeter über die Vertragstreue der Arbeiter.

Ein mutiger Richter. Zu gewaltiger Entrüstung aller Kapitalbediener und Hohepriester des Profits hat eine Aeußerung Anlaß gegeben, die der als juristischer Hilfsarbeiter beim hannoverschen Magistrat tätige Gerichtsassessor Dr. Warmbold in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gewerbegerichts getan hat. Bei der Verhandlung hat Dr. Warmbold u. a. gesagt:

„Es ist dem Gericht bekannt, daß Streikbrecher meist moralisch minderwertige Menschen sind, die nach Beendigung des Streiks wieder verschwinden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen.“

Mit diesen Worten, so wahr auch sie sind, hat Dr. Warmbold natürlich in ein Wespenneß gestochen. Zunächst haben die Annungen einmütig Protest da-

gegen erhoben, ebenso hat der Fabrikantenverein sich gegen diese Klage verhalten, kurz, von allen Seiten will man dem „roten Affessor“ zu Leibe rücken. Die große Erregung erklärt sich besonders daraus, daß während des Klempnerstreiks, um den es sich bei der Klage handelte, viele Meisterjöhne, die sich zum Teil von auswärts den hannoverschen Meistern zur Verfügung gestellt hatten, beschäftigt gewesen sind, und weil auch von den Gesellen eine Anzahl nicht mitgeteilt hat. Eine von den Finanzvorständen gewählte Deputation hatte in der Angelegenheit eine Konferenz mit dem Stadtdirektor Traun, an der auch Professor Dr. Warmbold teilnahm. Der letztere hat inzwischen in einer öffentlichen Erklärung berichtet, daß er jene Klage nicht allgemein über Streikbrecher, sondern lediglich unter Bezugnahme auf den zur Verhandlung stehenden besonderen Fall gemacht habe.

„Es handelt sich“, sagte Dr. Warmbold, „um einen als notorischen Streikbrecher bekannten Arbeiter, der sogar agitatorisch auftrat und Arbeiter verführte, ihren Kollegen beim Rohnkampf in den Rücken zu fallen.“

Damit hat Herr Dr. Warmbold seine Meinung so unanfechtbar genau und nachweislich formuliert, daß ihm kein Kirchenlicht des Kapitals das Gegenteil beweisen kann und daß nebenbei für die geliebten Meisterjöhne, die Streikbrecher, auch noch genug übrig bleibt. Da aber nach einem alten, bekannten Gedicht in Deutschland jeder Flügel haben muß, der die Wahrheit sage, ist es schon möglich, daß die kapitalistische Gesellschaft dem Mann das Fliegen leert. Aber — vielleicht fliegt er dann wohin, wo er den Herrschaften noch unangenehmere Wahrheiten sagen kann.

An die Arbeiterinnen wendet sich ein neues Flugblatt, das die Generalkommission der Gewerkschaften herausgibt und durch Vermittelung der Gewerkschaftsartelle und Zentralvorstände verbreitet läßt. Es ist zur Verteilung kurz vor etwaigen Agitationsversammlungen bestimmt und erinnert in

Knappen, klaren und überzeugenden Sätzen die Arbeiterinnen an ihre ungünstige Position im Erwerbsleben, sie auffordernd, durch einmütiges Zusammenhalten mit ihren Berufskollegen Verbesserungen der Lage der Berufsangehörigen zu erkämpfen. Unsere Kollegen können das Flugblatt von den Gewerkschaftsartellen und, wo solche nicht bestehen, vom Verbandsvorstand beziehen.

Arbeiterisiko. Ein in einer Buchdruckerei in Wülheim a. Ruhr beschäftigter Buchbindergehilfe, der mit der Hand unter das Messer der Schneidemaschine kam, hüfte auf diese Weise vier Finger ein.

Streif- und Ausstandsunterstützung sind kein steuerbares Einkommen, soweit auf sie kein Rechtsanspruch besteht. Diesen vernünftigen Grundsatz hat die Beschwerdekommision des württembergischen Steuerkollegiums aufgestellt. Die Begründung darüber sagt, daß auf Ausstandsunterstützungen, welche durchaus freiwillig gewährt werden, weder den Mitgliedern des betreffenden Verbandes noch dritten Personen ein klagbares Recht zusteht. Somit bildet die Ausstandsunterstützung kein Einkommen im Sinne des Artikels 6 des Einkommensteuergesetzes, das aus Kapitalien, Renten, Dienst- oder Berufseinkommen fließen muß. Als eine Rente aber die Ausstandsunterstützung nicht angesehen werden, weil dem Unterstützten jedes Recht auf Gewährung von Unterstützung fehlt. Auch kein Einkommen aus Dienst- oder Arbeitsverhältnissen ist diese Unterstützung, denn sie wird nicht als Gegenleistung für eine berufliche Tätigkeit, auch nicht als ständige Unterstützung mit Bezug auf frühere Dienstleistungen gewährt, sondern die Leistung beruht nur auf der Mitgliedschaft des Unterstützten bei dem betreffenden Verband in Verbindung mit zeitweiliger Arbeitslosigkeit.

Submissionswesen, Koalitionsrecht und Lehrlingszucht. Diese drei Begriffe hat die Frankfurter Stadtverwaltung in sehr anerkennter Weise in Zusammenhang gebracht. Es sollen demnach nach

einer neuen Submissionenordnung in Zukunft alle Angebote abgeschlossen werden, die von Unternehmern eingereicht werden, die festgestelltemaßen das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht ihrer Angestellten und Arbeiter beschränken oder beeinträchtigen, welche den nach den sozialen Verhältnisse gesetzen ihnen obliegenden Beitragspflichten nicht nachkommen oder eine im Mißverhältnisse zu dem Umfang oder der Art ihres Gewerbebetriebs stehende Anzahl von Lehrlingen halten.

Adressenänderungen.

Gaubevollmächtigte:

Gau XII. Emil Pfäfe, Chemnitz, Zwickauer Straße, Gewerkschaftshaus (ab 1. Oktober).

Dortliche Bevollmächtigte:

Hannau. Aug. Schmidt, Lenzstr. 12/14, III.
Hilbesheim. E. Gensch, Michelfenstr. 3.
Reutlingen. W. Eisele, Reppelstr. 4, II.
Mains. Ph. Gerbracht, Große Langgasse 25, I, ab 1. Oktober.

Unterstützungsausgeber:

Mains. Z. A. L. Stelzel, Rheinstr. 18, I, von 7 bis 8 Uhr. H. Gathaus von Ph. Schreiner, Bauerngasse 6. Az. 9 Stb. Ml. 28 Mf. L. U.
Rathenow. Z. S. Dalge, Kl. Sagenstr. 27, II, von 12 bis 1 Uhr und von 6½ bis 7½ Uhr. Sonntags von 12 bis 1 Uhr.

Briefkalten.

S. G., Jferlohn. Beschweren Sie sich auf dem dortigen Postamt. — R. Z., Saarbrücken. Abgelehnt, da Kollege K. einen allgemeinen Bericht schickt. — Nach Zeit. Beide Inserate kosten zusammen 2,90 Mf. — Dresden. Todesanzeige kam zu spät.

ANZEIGEN

M. d. D. **Gesangverein „Liberté“**, Berlin Chormeister: P. A. Joseph

Gemütlicher Abend

am Sonntag, den 3. Oktober 1909, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15 :: Bestehend in Gesangsvorträgen, humoristischen Vorträgen und Tanz

Einlaß 5 Uhr :::: Eintritt inkl. Tanz 30 Pf.

Wiss! Die Abendkunden des Gesangvereins „Liberté“ finden jeden Freitag von 9-11 Uhr abends im „Luisenpark-Café“ (Inhaber: Kürten), Brantenstraße 180, Katt. — Gäste sind stets willkommen!

Wir suchen per sofort zwei jüngere **tüchtige Etuisarbeiter**, die auf Ständer und Etalagen gearbeitet haben. Deutsche Glas- und Metallwaren-Gesellschaft m. B. N. Köln a. Rhein, Masftrichterstr. 49.

Gesucht an jed. Ort Leute, w. Vertrieb hocheleg. Neuheiten (Eristklaffig. Weihnachtartikel) abzur. Hoher Nebenverb. für jedermann. Ausl. vollst. kostenl. Germ. Wolf, Zwickau Sa., Nordstr. 30.

Tüchtige Etuisarbeiter für bessere Arbeiten finden dauernde Beschäftigung. Hugo Thormeyer, Eisenberg, S. A.

Ein Haus

in großem Fabrikort, 5 Minuten vom Bahnhof, schönste Lage, mit Buch- und Papierwaren-Geschäft und großem Garten, zirka 1000 Mf. Mietsvertrag, Preis 19 000 Mf., Anzahlung 4000 Mf. oder nach Uebereinkunft, soll freihändig halber verkauft werden. Auskunft durch **F. Mittag**, Viehla b. Eisterwerda.

Geübter Preßvergolder und **Golbausträgerin** finden Stellung bei **M. Crönelin**, Buchbinderei, Stuttgart.

Spaltleder

für Buchbinder in allen Preislagen offerieren **Gebrüder Casdun, Königsberg i. Pr.**



Seeburgstrasse 47
Das Geschäftshaus der Firma
O. Th. Winckler, Leipzig

Zahlstelle Leipzig

Sonnabend, den 9. Oktober 1909, abends 8 Uhr im Saale des „Albertgarten“

Ein Abend im Reiche der Wunder

von **F. W. Conradi**

Direktor der Akademie für magische Kunst, Berlin

1. Teil

1. Im Reiche König Aegirs. (Original von F. W. Conradi)
2. Ein Wunder des 20. Jahrhunderts
3. Manuelle Demonstrationen
4. Eine Metamorphose
5. Ein Königsschuh à la Bufallo Bill
6. Conradi's Euchmysterium
7. Infernalische Momente
8. Conradi's letzte Illusion „Pluto“

2. Teil

9. Eine unglaubliche magische Vermehrung
10. Looping the Loop. Original von F. W. Conradi
11. Die mysteriöse Kristalluhr in Verbindung mit
12. Die Glocke von Corneville
13. Indische Fakirtreiche
14. Conradi's geheimnisvolle magische Rubuffe in Verbindung mit
15. Eine unglaubliche Transformation
16. Der rollende Rammon. Original von F. W. Conradi
17. Der große Fesselakt „Prometheus“

3. Teil

18. Ein Viertelstündchen im Zauberland
19. Der galante Künstler
20. Märchen aus 1001 Nacht. Original von F. W. Conradi
21. Schlußapothekose. Original von F. W. Conradi

Nach der Vorstellung **Tanzkränzchen** Eintritt 20 Pf., Tanzbändchen 30 Pf.

F. W. Conradi, Direktor der Akademie für magische Kunst, Berlin, ist einer der modernsten und bekanntesten Interpreten der magischen Kunst. Sein Name allein bürgt für einen außergewöhnlich interessanten Abend.

Programm sind bei allen Vertrauensleuten sowie im Bureau zu entnehmen. Der Bevollmächtigte.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingeschriebene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des 2. Quartals 1909.

Einnahmen		Ausgaben			
An Ueberflüssen gingen ein:	Mr.	Spf.	An Zuschüssen nach:	Mr.	Spf.
Altona	100	—	Aachen	75	—
Bonn	200	—	Barmen	100	—
Berger	600	—	Berlin	900	—
Braunschweig	100	—	Bremen	100	—
Bielefeld	175	—	Biebr	100	—
Düsseldorf	100	—	Buchholz	400	—
Elberfeld	100	—	Chemnitz	100	—
Essen	75	—	Cassel	50	—
Gera	200	—	Dresden	300	—
Gotha	200	—	Dülmen	100	—
Grünstadt	80	—	Erlangen	100	—
Hamburg	400	—	Frankfurt	800	—
Halle	250	—	Freiberg	60	—
Hausen	300	—	Freiburg	150	—
Hferlohn	100	—	Fürth	400	—
Rebelaer	350	—	Hannover	800	—
Randel	200	—	Halle	250	—
Klein-Steinheim	200	—	Heilbrom	50	—
Mainz	100	—	Köln	100	—
Mannheim	200	—	Kirchheimbolanden	170	—
Mühlheim	150	—	Leipzig	1500	—
Regensburg	200	—	Lahr	300	—
Ulm	50	—	München	400	—
Wiesbaden	150	—	M.-Glabdach	375	—
An Zinsen der Wertpapiere	2023	—	Nürnberg	150	—
Hypotheken	1050	—	Neu-Struppin	110	—
Steuerresten	17	35	Rumpenheim	200	—
zurückgezahlter Unterstützung	8	20	Rembrüden	50	—
Eintrittsgeldern einzelstehender Mitglieder	2	—	Solingen	60	—
Steuern 1. Klasse	403	50	Stuttgart	1800	—
" 2. " " "	299	70	Schleiz	50	—
" 3. " " "	1534	—	Für Krankenunterstütz. an Mitgl.		
" 4. " " "	3	25	2. Klasse nach § 10 Abs. 2	128	75
Erftrauern	42	10	3. " " " § 10 " 2	432	40
			1. " " " § 10 " 1	126	50
			2. " " " § 10 " 1	184	75
			3. " " " § 10 " 1	235	50
Summa	9963	10	Kur- und Verpflegungskosten in Krankenhäusern	150	90
An Kassenbestand nach Abrechnung des 1. Quartals 1909.	242412	57	Unterstützung nach § 10 Abs. 5	14	—
			ärztliche Behandlung	342	95
			Arznei	51	42
			Brillen	4	25
			Heilmittel	19	25
			Borte des Vorsitzenden	72	09
			Borte des Kassierers	91	02
			Schreibmaterial	7	50
			Verschiedenes	26	75
			Abonnement auf die Arbeiterverforgung 1909	15	20
			Inserate in der Portefeuille-Zeitung pro 4. Quartal 1908 u. 1. u. 2. Quartal 1909	54	—
			500 Mitgliedsbücher binden	47	50
			Beitrag zum Krankentafelkongr. in Berlin f. Delegierte	15	—
			Fahrt und Delegationskosten zum Krankent.-Kongress in Berlin für den Vorsitzenden	51	—
			Revision d. Jahresberichts 08	10	—
			Entschädigung der Revisoren bei Abrechn. des 1. Quart. 09	3	—
			Gehalt des Vorsitzenden	625	—
			" des Kassierers	525	—
			" des Schriftführers	15	—
			der Besitzer und des stellvert. Vorsitzenden	75	—
			Beitrag zur Unterstützungsvereinigung	18	—
			Beitrag zur Invalidenversicherung	4	68
			Mietszins pro 2. Quartal 1909	139	38
Summa	252375	67	Summa	13530	79

Bilanz:

Einnahme	252 375,67 Mr.
Ausgabe	13 530,79
Kassenbestand	238 844,88 Mr.

Für die Richtigkeit:

Die Revisoren:

H. Schröter. A. Rönke.

Der Kassierer:

H. Städter.

Leipzig, den 10. September 1909.

An Krankenunterstützung wurde ausgezahlt in:	Medizin und ärztliche Behandlung		Vorhandene Fonds	
	Mr.	Spf.	Mr.	Spf.
Aachen	197	25	55	28
Altenburg	40	—	24	68
Annaberg	158	—	7	95
Augsburg	38	25	13	97
Altona (Elbe)	38	—	18	—
Barmen	303	25	27	—
Berlin	8329	24	669	11
Bremen	276	50	51	83
Bonn	114	60	—	—
Biebr	1441	10	—	—
Birgel	554	25	18	36
Berger	240	—	162	76
Braunschweig	33	75	2	77
Buchholz	520	—	118	15
Breslau	174	—	43	87
Bielefeld	151	80	—	—
Brieg	198	—	5	—
Chemnitz	427	15	6	20
Cassel	245	50	—	—
Dresden	1317	50	90	75
Dülmen	338	—	—	—
Dortmund	180	70	2	—
Düsseldorf	—	—	4	26
Elberfeld	331	25	29	19
Erlangen	339	50	—	—
Essen (Ruhr)	132	—	—	—
Ehlingen	60	—	29	38
Frankfurt a. M.	1364	55	75	08
Freiberg i. S.	233	—	—	—
Freiburg i. B.	385	—	—	—
Fechenheim	550	45	93	82
Fürth	675	15	19	33
Gera	48	—	—	—
Gotha	260	—	9	50
Grünstadt	102	—	2	77
Hamburg	423	—	117	—
Hannover	2448	54	139	50
Halle	530	—	49	22
Heusenstamm	20	—	22	60
Hildesheim	—	—	13	76
Hausen	335	75	—	—
Hagen	263	25	—	—
Heilbrom	282	—	—	—
Hanau	200	80	2	90
Hferlohn	—	—	—	—
Köln	385	50	90	97
Kirchheimbolanden	260	75	—	—
Rebelaer	616	—	—	—
Karlsruhe	98	50	—	—
Randel	16	—	—	—
Klein-Steinheim	82	—	41	48
Konstanz	112	—	—	—
Leipzig	9994	—	116	28
Lahr	1042	35	12	45
München	1342	10	128	25
Mainz	114	—	12	47
Mannheim	370	45	58	41
Magdeburg	423	30	125	18
M.-Glabdach	595	50	53	—
Mühlheim a. M.	420	50	7	45
Nürnberg	1631	10	68	03
Neu-Struppin	81	—	35	52
Neu-Strenburg	194	—	—	—
Offenbach	4326	45	243	52
Obershausen	755	75	12	50
Pforzheim	—	—	—	—
Reutlingen	36	—	—	—
Regensburg	100	—	—	—
Rumpenheim	383	—	50	18
Rembrüden	158	—	5	80
Schma	10	50	6	80
Solingen	48	—	—	—
Stuttgart	3328	70	63	29
Stettin	60	—	54	47
Schleiz	161	—	—	—
Schwertn	18	—	8	83
Ulm	40	—	20	75
Wiesbaden	20	—	7	—
Würzburg	69	—	—	—
Summa	53984	53*	3037	47

An Beerdigungsgeld wurde ausgezahlt in:

Berlin	240	München	80
Dresden	80	München-Glabdach	70
Dortmund	60	Offenbach	130
Erlangen	90	Rumpenheim	60
Frankfurt	110	Solingen	60
Fechenheim	70	Stuttgart	370
Leipzig	480		

*) Hierin ist die Summe des Beerdigungsgeldes mit enthalten.